

-3. MAI 1928

ra 330

Berlin, 12. Mai 1928

Allgemeine Deutsche

Nr. 10 XXXVIII. Jahrgang

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelaboranten, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6, IV
Tel.: Berolina 2695 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. — Alleinige Anzeigenannahme: Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Bergmann F 5, 8080—8085. Postscheckkonto Berlin 47910.

Der **20. und 21. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 13. Mai bis 26. Mai ist in den nächsten 14 Tagen fällig.

Ehrentafel unserer alten

Zunächst haben wir einen älteren Vorkämpfer nachzutragen, nämlich Kollegen **Bernhard Patzke**, z. Zt. Einzelmitglied in Kupperberg a. d. Lippe, eingetreten am 15. Aug. 1901, der noch in derselben Weise aktiv tätig ist wie seinerzeit in Dortmund in den Kämpfen um den Anschluß an die freien Gewerkschaften.

Die 25 jährige Mitgliedschaft vollendete am 14. April Kollege **Josef Steinke**, Magdeburg, in treuer, vorbildlicher Kollegialität.

Unser Verbandstag auf 1929 vertagt.

Satzungsgemäß findet der Verbandstag aller drei Jahre statt. Der letzte wurde 1925 in Erfurt abgehalten, so daß die Tagung in diesem Jahre wieder fällig wäre. Die Verhältnisse lassen es aber zweckmäßig erscheinen, daß der Verbandstag auf 1929 vertagt wird. Die wichtige Frage der Arbeitszeitregelung für unseren Beruf geht zweifellos einer Entscheidung entgegen, die aber kaum noch in diesem Jahre erfolgen dürfte. Die Organisationsfrage in den Gewerkschaften wird auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß eine weitere Klärung erfahren, ebenso finden in diesem Jahre die Verbandstage uns nahestehender Verbände statt, deren Beschlüsse auch für unsere Stellungnahme zu einer Verschmelzung von Bedeutung sein können. Die Einführung der Invalidenunterstützung ist von einer ganzen Reihe Gewerkschaften beschlossen und muß auch auf unserem Verbandstag erörtert werden. Alle diese Fragen könnten wir in diesem Jahre nicht abschließend behandeln, werden sie aber voraussichtlich im nächsten Jahre zur Entscheidung bringen können.

Im Beitrags- und Unterstützungswesen erscheinen jetzt Änderungen nicht notwendig. Die Auswirkungen der Beschlüsse unserer Beiratskonferenz von 1927 wird sich erst im Laufe dieses Jahres zeigen. Vorstand und Beirat sind deshalb zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, den Verbandstag erst im nächsten Jahre abzuhalten.
Der Vorstandsvorsitz.

Eilmeldungen nach Redaktionsschluß.

Königsberg, Pr. Streik siegreich beendet. Lohnerhöhung für Gärtner 10 bis 11 Rpf., für Arbeiter 7 Rpf.

Barmen. Streikbereitschaft im Bergischen Land war von guter Wirkung. Lohnvertrag abgeschlossen mit erhöhten Löhnen als der Schiedsspruch vorsah.

Breslau. Tarifvertrag für Handelsgärtnerei Niederschlesiens abgeschlossen. Arbeitszeit acht Stunden in 4 Monaten, neun Stunden in 8 Monaten.

Rostock. Streik mit vollem Erfolg beendet. Verein der Unternehmer hat Tarifvertrag anerkannt.

Holt noch die Letzten für unsere Urabstimmung her!

Unser Aufbruch zur Urabstimmung der Abstimmung. In allen Kreisen fanden wir größtes Interesse, selbst viele Unorganisierte förderten die Unterschriftensammlung. Unsere junge Kollegenschaft, deren mangelndes Interesse für solche Fragen man oft beklagte, beteiligte sich mit Feuereifer. Es hat sich gezeigt, daß es immer nur darauf ankommt, wie die örtliche Leitung es versteht, die jungen Kollegen zu interessieren. Uns sind eine Anzahl Fälle gemeldet, wo junge Kollegen allein 3 bis 4 Listen Unterschriften gesammelt haben. Unermüdlich ging es Abend für Abend von Betrieb zu Betrieb. Immer wieder wurden die Einwände der Obergärtner, Gärtneröhne und anderer Unternehmersöldlinge niedergekämpft.

Auch die Kollegen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter beteiligten sich in ihren Betrieben in anerkannter Weise an der Abstimmung. Wir wurden in dankenswerter Weise vom Vorstand dieses Verbandes dadurch unterstützt, daß er seine Mitglieder zur Beteiligung aufforderte. Es ist äußerst erfreulich, daß die Kollegen der öffentlichen Betriebe immer mehr erkennen, daß das Schicksal der Kollegen der gewerblichen Betriebe auch das ihrige ist.

Am schwierigsten ist natürlich die Arbeit auf dem flachen Lande, in den kleinen Städten, wo wir nur schwach vertreten sind. Die Bearbeitung dieser Gebiete, die uns immer nur teilweise möglich ist, ist auch heute noch nicht beendet. Sie blieb z. T. durch die dringlichere Arbeit der Lohnbewegungen liegen. Das veranlaßte uns, den Abschluß der Abstimmung bis Ende Mai zu verlegen. Jeder Gau, jede Zahlstelle muß nun nochmals gründlich nachprüfen, welche Orte, welche Betriebe noch nicht bearbeitet sind. Ebenso muß nachgeprüft werden, wo noch neue Kollegen zugekommen sind, die bei der ersten Unterschriftensammlung noch nicht mitberücksichtigt werden konnten.

Immer wieder wird die Frage gestellt, ob auch die ungelerten Kollegen und Kolleginnen mitabstimmen. Ihre Teilnahme ist selbstverständlich, denn sie haben mit der gelernten Kollegenschaft das gleiche Los zu teilen, leiden unter niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit und laufen auch Gefahr, der Arbeitslosenunterstützung und sonstiger Vorteile sozialer Gesetzgebung verlustig zu gehen, wenn die Unternehmer ihr Ziel erreichen würden.

In dem Kampf um die Gleichstellung der Gärtnerei mit anderen Berufen, um die Anerkennung der Gärtnerei als Gewerbe, stehen wir Freigewerkschaftler allein wie immer in solchen Kämpfen. Obwohl alle anderen Gruppen, vom Gartenbaubeamten bis zum einfachsten Guts- und Privatgärtner, an der Entscheidung in unserem Sinne interessiert sind, ziehen sie alle vor, sich „neutral“ zu verhalten. Alle Organisationen, die diese Gruppen vertreten wollen, sowohl der Reichsverband der deutschen Gartenbaubeamten, der Reichsverband der Privatgärtner als auch die Obergärtnervereinigung, die Junggärtner- und Fachvereine, alle schweigen mutig oder stellen sich in verschämten Erklärungen hinter die Arbeitgeber. So machte es der „Behörden-Gartenbau“ in seiner Aprilnummer. Dort wird die reaktionäre Schrift Dänhardts: „Die Stellung des Gartenbaues im Wirtschaftsleben“ besprochen. Der jetzige Kampf um die Reichsfrage wird geschildert, doch „bedauert“, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft den Kampf um die Rechtsfrage „neu“ entfacht habe. Der Ausgang des Kampfes sei ungewiß. Man habe allerdings keine Veranlassung, in den Kampf einzugreifen, empfielt den Mitgliedern aber dringend, die Dänhardtsche Schrift, die gelobt wird, zu studieren, man bezeichne sie als „unentbehrliches“ Nachschlagebuch. Damit sagt man nichts anderes

als: Dänhardt hat Recht, die Gärtnerei ist Landwirtschaft. — Es ist Sache der städtischen Obergärtner, Gartenmeister und Inspektoren, die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Gartenbaubeamten sind, sich dieserhalb mit der Schriftleitung ihres Verbandsorgans auseinanderzusetzen. Wir wissen nun jedenfalls, daß die Organisation der Gartenbaubeamten den Standpunkt der Arbeitgeber vertritt.

Diese Gewißheit wird unseren Kampfeswillen nur stärken. Darum Kollegen, nochmals und noch stärker alle Kräfte zusammengefaßt und jede Möglichkeit benützt, um bis zum Monatsende alle erreichbaren Stimmen zusammenzuholen.

Das besondere Interesse der gärtnerischen Arbeitnehmer an den Reichstagswahlen.

Vor etwa zwei Monaten war in einem Referat über die Arbeitszeit im „Gartenbau“ vor den im Schatten der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer versammelten geistigen Größen unserer Unternehmer die Behauptung aufgestellt worden, daß „trotz besseren Wissens“ der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter Urteile Arbeitsgerichten herbeigeführt habe, um mit diesen Kompetenzsachen die Verurteilung für den Austrag der Rechtsfrage vor dem war, so richtig und zutreffend, falsch, was über die tatsache jetzt so heiß und erbittert umstrittene gärtnerische Rechtsfrage im Reichstage ihre Entscheidung finden wird und muß. Und weil dem so ist, weil von der Zusammensetzung des neuen Reichstages auch die Entscheidung der auf die drastische, kategorische, dabei aber doch unbedingt zutreffende Formel „Gärtner oder Bauernknecht“ gebrachte arbeitsrechtliche Streitfrage abhängt, darum haben alle Arbeitnehmer in allen Zweigen der Gärtnerei, des sogenannten „Gartenbaues“, an den diesmaligen Reichstagswahlen ein ganz besonderes Interesse.

Die Entscheidung erwarten wir beim Arbeitsschutzgesetz, das zum Glück dem gewissen Reichstage hat entzogen werden können. Aber auch bei dem Berufsausbildungsgesetz stehen außerordentlich wichtige Berufsinteressen auf dem Spiel, die bei dem derzeitigen unnebelten Geisteszustand unserer Arbeitgeber nur noch von uns Arbeitnehmern wahrgenommen werden. Daß unter dem bisherigen Regime unsere Gegner im Unternehmerlager die Situation nach Kräften ausgenutzt haben, haben wir wiederholt schon dargelegt. Einen kleinen Einblick in ihre diesbezügliche Tätigkeit gewährte u. a. ein Bericht in den „Mitteilungen des Bundes deutscher Baumschulenbesitzer“ über die Tagung der Fachabteilung für Gartenbau bei der Hauptlandwirtschaftskammer in Bonn im vorigen Jahre. In seinem dort erstatteten Referat über den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes erklärte ein Syndikus des Reichsverbandes, daß „sich die Notwendigkeit ergebe, alle Stoßkraft auf den Reichsrat zu konzentrieren“. Dieser Taktik unserer Unternehmer gegenüber haben wir Arbeitnehmer doch wohl alle Veranlassung, unsere Stoßkraft auf den Reichstag zu konzentrieren. Denn für uns Gärtner und Gärtnereiarbeiter geht es in den nächsten Wochen und Monaten ums Ganze. Nämlich darum, ob unser Beruf als ein selbständiger, mit seinem bisher anerkannten Anrecht auf eigene Vertretung in den Organen der deutschen Wirtschaft und in der Rechtspflege weiterbestehen, oder ob er nach dem Streben einiger ehrgeizigen Berufsfremden in der Leitung des Reichsverbandes in dem großen Kuddelmuddel der stets „notleidenden“ Landwirtschaft untergehen und in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung ausgelöscht werden soll zu dem hauptsächlichsten Zwecke, die gärtnerischen Arbeitnehmer völlig zu entrechten.

Für Leute, die diese Bestrebungen gutheißen und unterstützen können, ohne daß ihnen die Schamröte heiß in die Stirne steigt, die aber darüber sich aufregen möchten, daß die Gewerkschaften „sich politisch betätigen“, ist wohl der Hinweis ganz angebracht und vielleicht sogar nützlich, daß auch der „Reichsverband des deutschen Gartenbaues“, der einerseits in, allerdings jämmerlich schlecht gespielter, Naivität sich als eine nicht einmal tariffähige Organisation bezeichnet, an parteipolitischen Beeinflussung allerhand leistet. So war z. B. in Nr. 1 d. Jahrg. seines Organs, „Die Gartenwirtschaft“, folgendes, aus der Feder des Herrn Mayer, Bamberg, Geflossenes zu lesen:

„Das Jahr 1928 ist

das Wahljahr.

In künstlich erregten Gemütern wird sich der Deutsche leider wieder gegenseitig in Wort und Schrift besudeln und herabwürdigen, und über die Grenze grinst der unerbittliche Feind. Der Erfolg wird am Schlusse vielleicht dreißig oder mehr Parteien sein, wodurch wir in gleicher Weise wie bisher zur politischen Ohnmacht verurteilt sein werden. Es darf in diesem Jahre in „vaterländisch eingestellten Kreisen“ keine Wahlfaulheit geben, wenn wir nicht zum nächsten Weihnachtsfeste das politische Bild Deutsch-

lands betrüblich verschlechtert sehen wollen. Hier können wir von unseren Feinden lernen, was „vaterländische Gesinnung“ heißt.

Politische Betätigung ist auch uns mehr als bisher notwendig. Es ist für den kleinsten Betrieb durchaus wichtig, daß er sich mit den Tagesfragen befaßt. Soviel sollte jeder, besonders in den Wintermonaten neben dem Studium seiner Fachpresse Zeit aufbringen und sich eine „gute neutrale“ Tageszeitung halten.

Manche würden davor bewahrt, die da glauben, in der Einstellung nach links ihr Heil erwarten zu dürfen, wie dies heute mitunter festgestellt werden kann. „Diese Mahnung gilt wohl auch für unseren Nachwuchs.“

Bei der Wahl des Reichspräsidenten unterzeichnete sogar der „Bund der Baumschulenbesitzer, Verband Schleswig-Holstein“ ganz offiziell ein Wahlflugblatt, das Dr. Jarres als „Dem Kandidat“ bezeichnete, in trauter Gemeinschaft mit dem „Alldeutschen Verband“, „Deutschen Offiziersbund“, „Deutschvölkische Freiheitsbewegung“, „Jungdeutscher Orden“, „Landbund“, „Stahlhelm“ u. a. und die Gründung von Wahlkassen wurden des öfteren in Gruppenversammlungen des R. d. d. G. diskutiert.

Allerdings in anderen Arbeitgeberzeitschriften wird eine noch deutlichere Sprache, wie oben zitiert, geredet. So veröffentlichte vor den letzten Reichstagswahlen die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ einen Aufsatz unter der Überschrift „Den Lauen und Flauen“, worin sie sich gegen die unorganisierten und gegen diejenigen Arbeitgeber wendet, die sich nicht politisch im Sinne des scharfmacherischen Unterwalitionen bezeichnen könne, und meint, daß doch als politisch unheil „daß so viele tüchtige Kräfte sich vollständig von ihrem Beruf absorbieren lassen, daß sie für die leidige Politik weder Zeit noch Lust aufzubringen vermögen“. „Unter den heutigen Verhältnissen“, sagt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ weiter, „ist das nicht nur eine Sünde an der Gemeinschaft, sondern auch eine ungeheure Dummheit.“ Und am Schlusse dieses Aufsatzes heißt es: „Also, ihr Lauen und Flauen, rafft euch zusammen; sonst seid ihr nächster die Simpel und Gimpel gewesen.“

Das ist fürwahr eine offene Sprache. Und es ist wahr. Unsere Zeit nimmt keine Rücksicht auf Laue und Flaue, unsere Zeit ist die Zeit der unerbittlichen Gegensätze und kennt nur noch deren Kämpfen und Ringen. In den Wahlen zum Reichstage kommt dieses Kämpfen und Ringen zu einem stärksten Ausdruck. Und wir Arbeitnehmer der Gärtnerei wollen in einer Weise daran teilnehmen, daß wir nicht als Simpel und Gimpel erscheinen. Wir stellen uns links ein!

Gewerkschaften und politische Wahlen.

Ansprache von Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Über Gewerkschaften und politische Wahlen will ich zu Ihnen sprechen. Sie werden mich nicht fragen, was denn diese Wahlen die Gewerkschaften angehen. Es wird Ihnen im Gegenteil klar sein, daß gerade die Mitglieder der Gewerkschaften, die durch die Schule der Organisation gegangen sind, an jeder politischen Wahl das größte Interesse haben müssen.

Denn die in den Gewerkschaften organisierten Männer und Frauen sind zum Gemeinsinn erzogen. Sie sind sich ihres Staatsbürgertums bewußt und kennen daher auch ihre Pflicht als Wähler.

Jeder Gewerkschafter weiß auch, daß es mit der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben nicht getan ist, so groß und bedeutungsvoll diese auch sind.

Man muß es den Arbeitern als Verdienst anrechnen, daß sie die Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage in erster Linie durch organisierte Selbsthilfe erstrebt und herbeigeführt haben. Aber sie wären töricht, wollten gerade sich auf die Hilfe des Staates verzichten, wo alle übrigen Volksklassen ständig nach Staatshilfe rufen.

Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiterinteressen müssen die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzen und sind nötig, um die von den Gewerkschaften errungenen Fortschritte zu festigen.

Diese Gesetzgebung kann die Arbeiterklasse nicht den bürgerlichen Parteien anvertrauen, die sie nicht nur in der Vergangenheit, sondern bis auf den heutigen Tag so bitter enttäuscht haben. Es muß eine Mehrheit von Arbeitervertretern in das Parlament entsandt werden, wenn die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft Berücksichtigung finden sollen.

Seither hat die Mehrheit des Parlaments die Arbeiter immer als Aschenbrödel behandelt. Die Schuld daran tragen jedoch die Wähler — darunter leider auch so viele Arbeiter und Angestellte —, weil sie ihre Stimme für solche Parteien

abgegeben haben, die gar nicht gewillt sind, ernsthaft für sozialen Fortschritt einzutreten.

Dabei handelt es sich keineswegs um ein einseitiges Interesse der Arbeiter. Wir haben immer das Wohl des ganzen Volkes und das Interesse des Staates im Auge.

Wohl sind die Gewerkschaften groß und stark geworden und haben vieles schon erreichen können. In den ersten Jahren nach dem Kriege bis in die schlimme Zeit der Inflation, als die Not des Volkes und des Vaterlandes am größten war, sahen auch weite Kreise des Bürgertums eine Rettung nur noch in den Gewerkschaften.

Wir haben nach Möglichkeit unsere Pflicht getan und fordern einen Dank dafür. Aber wir verlangen, daß jetzt die Verleibungen erfüllt werden, und daß in dem neuen Deutschland endlich auch der Arbeiterschaft ihr Recht wird.

Das wird allerdings nur dann geschehen, wenn die Massen des Volkes von dem Stimmrecht, das die Arbeiterbewegung für sie erkämpft hat, den richtigen Gebrauch machen.

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden mit gutem Beispiel vorangehen. Sie werden keine andere Partei wählen als die Sozialdemokratie.

Die Steuerpolitik der bisherigen Regierungsparteien.

Nach amtlichen Angaben umfassen die sämtlichen Steuern Reich, Ländern und Gemeinden:

1. Besitzsteuern.

Einkommen- und Körperschaftssteuer ohne Lohnsteuer; Vermögenssteuer; einmalige Vermögensabgabe; Grunderwerbssteuer einschließlich Wertzuwachssteuer; Erbschaftssteuer; Vermögensverkehrssteuer.)

1913:	1925:
1936 Millionen Rm.	1960 Millionen Rm.

2. Gemischte Steuern.

(Steuern von Grundbesitz und Gewerbebetrieb.)	
1913:	1925:
662 Millionen Rm.	1517 Millionen Rm.

3. Massensteuern.

(Zölle und Verbrauchssteuern; Verkehrssteuer; Umsatzsteuer; Hauszinssteuer; Lohnsteuer.)

1913:	1925:
1460 Millionen Rm.	6623 Millionen Rm.

Danach vermehrten sich seit dem Jahre 1913

die Besitzsteuern um 24 Millionen = 1,2 Prozent,

die gemischten Steuern um 855 Millionen = 130,0 Prozent,

die Massensteuern um 5163 Millionen = 354,0 Prozent.

Selbst wenn man alle gemischten Steuern den Besitzsteuern zurechnet, ergibt sich folgendes Bild:

Zunahme der Besitzsteuern von 2598 Millionen im Jahre 1913 auf 3477 Millionen im Jahre 1925, also um 879 Millionen = 34 Proz.

Dagegen Zunahme der Massensteuern um 5163 Millionen = 354 Proz.

Seit 1925 hat sich an dieser skandalös ungerechten Verteilung der Steuerlasten nichts wesentliches geändert. Der Reichsetat für 1928/29 beweist das.

Wer zahlt also die Steuern? Zu zwei Dritteln die besitzlose Masse: die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, die kleinen Gewerbetreibenden.

Und wer schuf und verteidigt dies empörend ungerechte Steuersystem?

Alle bürgerlichen Parteien!

Wählerinnen und Wähler, zieht eure Lehren daraus!

Wählt nicht selber eure Metzger!

Wer hat uns bisher regiert?

Die auseinandergefallene Regierungskoalition verfügte bei ihrer Bildung nur über eine knappe Mehrheit. Der Reichstag hat 493 Abgeordnete. Davon entfielen auf:

Deutschnationale	110
Zentrum	69
Volkspartei	51
Bayerische Volkspartei	19

249 Abgeordnete.

Die Regierung verfügte eigentlich nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen. Bei den Abstimmungen war sie auf das Wohlwollen der nicht der Koalition angehörenden Völkischen (15 Mandate) und der Wirtschaftspartei (17 Mandate) angewiesen.

Die Opposition setzte sich zusammen aus:

Sozialdemokraten	131
Kommunisten	45
Demokraten	32

208 Abgeordnete.

Die Arbeitervertreter waren also auch dann in der Minderheit, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengingen. Sehr oft kam ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten nicht zustande, weil es die Kommunisten für zweckmäßiger hielten, bei Abstimmungen lieber mit den Deutschnationalen als mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen.

Wollten die Sozialdemokraten ihre Forderungen, die oftmals auch die der freien Gewerkschaften waren, durchsetzen, so mußten sie die Unterstützung der einen oder anderen bürgerlichen Partei suchen. Das hatte oft deswegen große Schwierigkeiten, weil das Zentrum, mit dem sie früher in manchen Fragen ein gewisses Stück Wegs zusammengehen konnten, jetzt dem Regierungsblock angehörte. Daher erklären sich auch die leider oft nicht befriedigenden sozialen Gesetze der nunmehr beendeten Reichstagsperiode.

Es gilt für die deutsche Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß diese unzutraglichen parlamentarischen Zustände nicht wiederkehren. Wir brauchen in Deutschland dringend klare Verhältnisse auf politischem Gebiete. Diese zu schaffen, wäre eigentlich sehr leicht, wenn jeder Arbeitsschaffende sich seiner Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bewußt wäre und der Partei seine Stimme gäbe, die bisher bei jeder Gelegenheit die Interessen dieses arbeitenden Volkes vertreten hat. Und das war nun unbestritten die Sozialdemokratie.

Der besitzlose Schaffende — der Mann der Zukunft.

Die sozialistische Lehre steht seit drei Menschenaltern im Widerstreit der Meinungen. Und doch zog sie mehr oder weniger viele Gelehrte von Ruf in ihren Bann. Im Rahmen der „Kieler Vorträge“, gehalten im wissenschaftlichen Klub des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, erschien kürzlich eine Broschüre (Verlag Fischer, Jena) von dem bekannten Prof. Dr. Julius Hirsch „Neues Werden in der menschlichen Wirtschaft“, die zur Anschaffung dringend empfohlen werden kann. Hirsch bricht für die sozialistische Lehre folgendermaßen eine Lanze:

„Was man immer für oder gegen die Lehre sagen mag, unter deren entscheidender Führung das deutsche Arbeitertum seit mehr denn 75 Jahren steht, sagen wir es deutlich: Es war doch die einzige Lehre, die mit der neuen Entwicklung nicht nur Schritt hielt, sondern in kühner Konstruktion ihr weit vorausgriff, dieweil die alten Harmonielehren und der Sozialismusersatz der Sozialpolitik nicht allzuviel an gedanklichen Grundlagen zu bieten haben. — Was immer man darüber sagen mag, ihre funktionelle Bedeutung im Werden war doch die, daß sie den Widerstand gegen den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bei denen ausgeschaltet hat, die mindestens zunächst den Nutzen nicht davon haben, und daß sie an ihrem Ende begonnen hat, die Nutzhöhe und Nutzgrenze des Marktes für die Arbeitskraft zu erproben. Damit bot die Lehre das große seelische Äquivalent für die Trennung des Arbeiters vom Arbeitsmittel und damit von der Sicherheit des Arbeitens überhaupt: Trotz allem und gerade wegen dieser fortschreitenden Unsicherheit im Übergang wurde er, der besitzlose Schaffende, ja mußte er der Mann der Zukunft sein!“

Wahlkampf und Religion.

Sobald eine Wahl vor der Tür steht, muß die Religion dem Bürgertum als Mittel zum Zweck dienen. Dann sucht man die religiös fühlenden Arbeiter durch den Hinweis auf die Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften einzuschüchtern und sie vor der Wahlparole der freien Gewerkschaften zu erschrecken.

Ist aber jemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt? Von uns, denen das heilige neue wirtschaftliche Ziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Verwirklichung religiösen Fühlens bedeutet?

Es geht uns um einen geschlossenen Kampf der Unterdrückten und um ein schönes neues Ziel des Menschengeschlechts. Und je mehr jemand in dieses wirtschaftliche Ringen um eine neue Form der Menschheit sein ganzes innerliches Fühlen und Glauben hineinlegt, um so stärker scheint uns die Kraft und das Wollen und der Erfolg zu sein!

Religion, sagt man, heiße Verbindung, weil es von dem lateinischen Worte „religare“, „verbinden“, komme. Du bist, wenn du religiös bist, verbunden, Mit Gott als Christ. Mit dem Naturlebendigen als Pantheist. Jedenfalls verbunden in deiner Seele, wie du auch fühlst. Kann es da wohl ein religiöseres Ziel geben als das der freien Gewerkschaften, die da eine Gemeinwirtschaft erstreben, daß nicht mehr der Mensch zerrissen und losgerissen vom Menschen ist, sondern alle vereint sind in einer Gemeinschaft, eines Zieles und eines Sinnes?

Welch ein tiefer religiöser Grundgedanke durchheilt dieses unser Sehnen! Gemeinschaft soll sein! Liebe soll die Seele der Ordnung werden! Alle Menschen sollen einander verbunden

sein, daß „Verbindung“, daß Religion das praktische Leben werde!

Glaubst du an Gott? Dann mußt du auch an seine Herrlichkeit in einer neuen Verbindung der Gemeinschaft glauben! Und kämpfen! Weil man dich bekämpft. Und dich mit deinen Arbeitsbrüdern, deinen Arbeitsschwestern geschlossen stemmen gegen die Knechtschaft!

Nicht Religion ist das Trennende. Der Mammon trennt. Der Kapitalismus zerreißt. In Herren und Knechte. In Götzen und Mammons-Götzendienere.

Du siehst vielleicht, wie Arbeitsbrüder spotten? Ach, es ist Verzweiflung, die sie treibt. Schau in die Seele des Volkes, und du findest einen tiefen, tiefen Glauben dort. Woran? An das Gleiche, an das du glaubst.

Namen mögen uns trennen. Das Gefühl aber ist gleich bei dir und bei mir. Denn bei dir und bei mir ist Sehnen nach Liebe und Güte und Menschlichkeit. Und Göttlichkeit.

Welche Religion wir auch haben; sie zwingt, wenn sie heilig und tief ist, zur freigewerkschaftlichen Tat. Reißt doch die Hütten der Armut und die Schloten der Knechtschaft nieder, daß die Welt zum Dome deiner und meiner Gottheit wird.

Dr. Gustav Hoffmann.

Der Gärtner Joh. Jakob Kutt, ein Vorläufer des Kommunismus.

Nachstehend bringen wir einen Auszug aus einer Studie, die zuerst im Beiblatt der Frankfurter „Volksstimme“, „Volk, Kunst und Wissen“, in sechs Fortsetzungen in den Monaten Februar und März 1928 erschienen ist. Die von ihr geschilderte Episode wird in einem von Max Quarek verfaßten kleinen Werkchen (s. Bücherschau) zum ersten Male urkundlich dargestellt und der unverdienten Vergessenheit entrisen.

Das Jahr 1928, in dem die achtzigste Wiederkehr der ersten deutschen Revolution zu feiern ist, mahnt sehr vernehmlich daran, das Gedächtnis jener Volkshelden aufzufrischen, zu bewahren und zu ehren, die schon im tolen Sturmjahre irgendeinen, wenn auch noch so bescheidenen Anteil an der Belebung jener großen deutschen Volksbewegung und ihrer Folgezustände hatten. Darum sei auch dieses Berufskollegen gedacht, der unter den Gärtnern wohl der erste Revolutionär war.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis gegen die sechziger Jahre machte in Frankfurt a. M. eine Bewegung von Arbeitern und Kleinbürgern ein gewisses Aufsehen, die sich um den Gärtner Johann Jakob Kutt aus Bornheim und später um den Verein „Philadelphia“ gruppierte und der man einen gewissen Wert für die Verbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen zuschrieb.

Johann Jakob Kutt wurde als Sohn des nachmaligen städtischen Geometers Heinrich Kutt in Bonames geboren. Das Datum der Geburt wird verschieden angegeben. Es lautet teils auf 1819, teils auf den 10. April 1821. Johann Jakob Kutt erlernte bis zum Jahre 1837 die Gärtnererei und ging dann, dem damaligen Zunftgebrauch entsprechend, auf die Wanderschaft. Er soll in Brüssel beim Hofgärtner, der ihn sehr lieb gehabt und auf alle Weise zu fesseln suchte, Dienst getan, sowie in Barmen gearbeitet haben. Dort ist er in eine Missionsanstalt gegangen, um sich mittels seiner Ersparnisse auszubilden. Als man ihn aber auf die Heidenmission lenken wollte, ist er aus der Anstalt ausgetreten und hat das empfangene Geld zum Fenster hinausgeworfen. Dann steht auf Grund einer aktenmäßigen Auskunft des nassauischen Hofkommissariats Wiesbaden vom 13. August 1857 fest, daß Kutt mehrere Jahre später im Tagelohn bei den herzoglichen Gärtnereien in Biebrich und Wiesbaden beschäftigt war und daraufhin am 22. Dezember 1847 als Lustgärtner in nassauischen Diensten zu Weilburg angestellt wurde. Nach dreivierteljähriger Anstellung wurde er durch Dekret vom 1. Oktober 1848 entlassen wegen Ungehorsams, Dienstvernachlässigung und gänzlicher Dienstuntauglichkeit, die eine Folge der Geistesverwirrung war, in die er durch religiöse Schwärmerei und politische Agitation geraten sein soll. An das Hofmarschallamt hat er geschrieben: „Als Gottmensch fand ich es unter meiner Würde, länger noch im Dienste Seiner Hoheit des Herzogs zu bleiben...“

Die Begründung des Kommunismus ist bei Kutt wie bei Weitling^{*)} immer auf dem Gebiete der Moral geblieben. Die menschlichen Begierden waren für ihn die Grundlagen, auf denen er sein System erbaute. Geschichtliche Kenntnisse fehlen Kutt wie Weitling vollständig. Es handelt sich einfach darum, die beste Organisation der Gesellschaft rein logisch ausfindig zu machen und dann an die Verwirklichung dieses Ideals zu gehen. Dieses Ideal wurde mit Hilfe der Bibel aus dem Inhalt der christlichen Lehre konstruiert. Diese religiöse Quelle seiner Lehren tritt bei Kutt je länger, je mehr in den Vordergrund. Wie Weitling sieht er ganz unhistorisch in der Abschaffung des Geldes eine Hauptbedingung besserer Zustände. Gemeinsam ist ihm mit dem kommunistischen Schneidergesellen die Einsicht, daß es für die Arbeiterklasse unmöglich sei, durch bloße politische Freiheit ihre soziale Unabhängigkeit

zu erreichen. Ebenso wie jenen zeichnet ihn ein warmes Mitempfinden für das Schicksal der Proletarier aus. Aber wenn sich dasselbe bei Weitling zu einem grandiosen Revolutionsplan verdichtete, in dem er selbst die Hilfe der Verbrecher nicht verschmähen wollte, so wird dieses Mitgefühl bei Kutt allmählich zu einem sentimentalischen Ruf, sich um ihn als den christlichen Messias zu scharen und durch Versuche im kleinen die Berechtigung und Notwendigkeit des Kommunismus zu erweisen. Kutt fehlt vollständig das rücksichtslose Draufgängertum Weitlings, das dieser in seinen ersten Schriften bis zur Ausweisung aus der Schweiz so glänzend bekundete. Wenn er die Anregung zu seinem Aposteltum von Weitling wirklich empfing, so war er jedenfalls in dieser Hinsicht nur ein schwacher Abklatsch des Originals.

In einem Inserat vom 3. März 1849 gibt Kutt bekannt, daß er bereits 71 Tage seines Glaubens wegen in die Irrenanstalt verbracht worden sei, und daß die Unterschriften und Beiträge zu dem von ihm verfaßten 34 Paragraphen des politischen Reiches Gottes nunmehr bei der Generalagentur des Herrn S. Wohl, Zeil Nr. 13 abgeliefert werden könnten. Die Märzerrungenschaften des Jahres 1848 hätten noch nicht im geringsten das Wort der Wahrheit freigegeben.

In der Tat war Kutt am 20. Dezember 1848 auf Verordnung des Polizeiamts in das Irrenhaus eingewiesen worden, weil er an demselben Tage mit blanken Dolchen, in jeder Hand einen, über die Straße, die Zeil, zog, auf freiem Platze niederkniete, predigte und Volksauflauf erregte. Als Erklärung seines Verhaltens gab Kutt der Polizei gegenüber an, er habe erproben wollen, ob das öffentliche Waffentragen, das namentlich seit dem Septemberaufstand 1848 in Frankfurt verboten war, wieder erlaubt sei. Am 3. März 1849 ist Kutt wieder in Freiheit.

Es folgt nun eine Flut von Broschüren, die Kutt von Bornheim aus in die Öffentlichkeit schleudert. Das nächste 16seitige Schriftchen heißt „Fluch dem Mammon! Vernichtung dem Geldsystem!“. Es verflucht die Geldherrschaft als das Kernübel in agitatorisch wirksamer, aber durchaus nicht in die Tiefe dringender Sprache. Es ist vom 12. Mai 1849 datiert, während eine kurz darauf folgende Veröffentlichung das Datum vom 25. Juli 1849 trägt und unter dem Titel „Der moralische Mensch! oder das Naturgesetz als die Vollkommenheit der Welt“ nachzuweisen sucht, daß der vollendete organische moralische Mensch vier Naturtrieben folge: dem Selbsterhaltungstrieb, dem Nachahmungstrieb, dem Geschlechtstrieb und dem Ordnungsgesellschaftstrieb. Erlangten diese vier Triebe ihre freie naturgemäße Bildung und Anwendung, dann werde sich alles wohltätig frei und leicht in diesen seinen Elementen bewegen.

Um das Jahr 1853 oder 1854 fällt die Herausgabe eines Hauptwerkes, dessen Erscheinen in zweiter Auflage von Ende November 1854 datiert ist. Sein Titel lautet: „Wissenschaftliche Abhandlung über allgemeine Mißernten, insbesondere über Entstehung und Abhilfe der Kartoffelkrankheit“ (Frankfurt a. M., August Stritt). In dieser Arbeit legt Kutt dar, daß der Unrat der Großstädte zweckwidrig durch die Kanalisation dem Ozean zugeführt werde, daß dagegen durch eine richtige Verteilung der städtischen Düngerebfuhr auf das flache Land die Fruchtbarkeit desselben ins Ungeheure gesteigert werden könne.

In einer kleinen Schrift von 30 Seiten plädierte dann Kutt im Jahre 1856 noch einmal für die „Theokratie, das Heil der Welt, eine Erlösung von allen Geldsünden; ein Mittel, alle Menschen reich und glücklich zu machen“.

Gegen das Jahr 1860 hat sich eine von Kutt gegründete Organisation der „Kinder Gottes“ in Bornheim so gekräftigt, daß an die Herausgabe eines Wochenblattes gegangen wurde. Genauere oder auch nur annähernde Angaben über die Zahl der Anhänger Kutts fehlen natürlich ganz. Zum Teil handelt es sich in der Zeit der ärgsten Verfolgung um eine Geheimorganisation. Sehr weite Kreise scheint die Anhängerschaft niemals erfaßt zu haben. Immerhin hatte sie seit der Gründung eines Vereins „Philadelphia“, über dessen Mitgliederzahl freilich auch nichts Zuverlässiges zu finden ist, einen festen Kern erhalten. Die Gründung eines Blattes bezeichnet wohl den Höhepunkt in dem Bemühen, eine förmliche Organisation zu bilden. Das Blatt nennt sich „Sieg der Wahrheit, Religiöse Blätter der Philadelphia“. Es kostete 15 $\frac{1}{2}$ Silbergroschen vierteljährlich und erschien nicht mehr bei dem alten Verleger Kutts, sondern im Druck und Verlag von G. L. Löw in Bornheim. Als Motto dienen die beiden Sprüche: „Die Welt wird in diesen letzten Tagen die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird die Welt frei machen“, sowie der etwas dem Zweck angepaßte Luther-Ausspruch: „Hier steht die Wahrheit, sie kann nicht anders, Gott helfe ihr, Amen“.

In der „Einführung“ der Probenummer wird „Philadelphia“ mit „Brüderliebe“ übersetzt und auf die Organisation der Anhänger Kutts praktisch angewendet. Die Blätter wollen es sich zur Aufgabe machen, der ohnehin unzufriedenen Welt „einen ganz entchiedenen Ekel und Widerwillen an der erbärmlichen Herrlichkeit und den total armseligen Wesen der jetzigen gesellschaftlichen Zustände zu erwecken“.

Inzwischen veranlaßt ein besonderes Ereignis die dritte Verbringung Kutts in die Irrenanstalt. Wie aus dem Physikatberichts vom 23. März 1862 hervorgeht, hatte Kutt seine Wohnung nicht mehr in Bornheim wie bisher bei seinen Verwandten, sondern bei einem seiner Anhänger, dem Portefeuillearbeiter Schneider. Vor da aus begab sich Kutt mit zwei seiner Jünger zum Bornheimer

^{*)} Der erste deutsche Arbeiterkommunist.

Pfarrer Gollhard, der ihm den Genuß des Abendmahls in der Sakristei der protestantischen Kirche zugesagt hatte. Dort zerschlug Kutt mitten in der geistlichen Handlung, die in der Sakristei stattfand, den Kelch auf dem Ofen, vergoß den Wein, zertrümmerte auch weitere Meßgeräte, lief auf die Straße und wurde erst gegen Abend durch den Ortsdiener festgenommen und in das Irrenhaus eingeliefert. Später begründete er sein Verhalten damit, daß ihm der Pfarrer auf Gewissensfragen während des Abendmahls die Antwort verweigert habe.

Im Arbeiterbildungsverein wurde, wenn man seinen Worten glauben darf, sein Ausschluß durch Dr. v. Schweitzer betrieben und ausgeführt. In den Auseinandersetzungen mit Max Wirth und Dr. Faucher, die in derselben Vereinigung stattfanden, wurde, wie die „Vo.kszeitung“ vom 7. Januar 1862 berichtet, Kutt das Wort entzogen. Im Lokale „Zum Taunus“ sei es trotzdem zwischen Faucher und Kutt zu einer Debatte gekommen, der auch Friedrich Stoltze und Dr. v. Schweitzer beigewohnt hätten. Kutt berichtet darüber („Liebe und Wahrheit“ S. 12/13):

„Wir gingen in später Stunde auseinander und das Endurteil lautete von einer Seite dahin: „Faucher sei klug und benütze in pekuniärer Beziehung für sich die Zeit, Kutt hingegen mit allen seinen uneigennütigen und unwiderleglichen Rechtsgründen bleibe unbegriffen, indem er für die unaufgeklärte Masse zu weit gehe. Kutt schade sich nur selbst, indem er Märtyrer für seine christliche Weltanschauung würde, ohne anderen dadurch nützen zu können.“ . . . Ja, so ist es in der Tat! Die Lehre von der Gütergemeinschaft ist leider bis jetzt so wenig in dem Volke zur richtigen Betrachtung und Besprechung vorgebracht worden, daß jene Urteile viel Wahrheit in sich tragen. Aber warum? — weil alle in der Furcht leben, Teiler, Kommunisten geschimpft zu werden, sobald sie nur die Wahrheit reden würden. — also weil es unter den Führern des Volkes an hinlänglich aufgeklärten, wahrhaft mutigen Männern fehlt, die in Uneigennützigkeit und Liebe zur Wahrheit diese erhabene Lehre gegen jeden frivolen Spott im öffentlichen Leben, als auch gegen die ungeredeten staatlichen Verfolgungen, die allerwärts den edlen kommunistischen Grundsätzen hemmend entgegentreten, ohne alle Furcht zurückweisen.“

Diese relativ vernünftige und besonnene Äußerung Kutts spiegelt etwa den Höhepunkt seines agitatorischen Lebens und Wirkens wieder.

Am 1. April 1863 wurde er mit einigen Genossen dabei gefaßt, daß er gläserne Behälter in Form von Särgen, welche die heilige Schrift und verschiedene andere Bücher, offenbar Schriften von Kutt, enthielten, durch die Straßen der Stadt nach dem Friedhof tragen ließ. Eine Eingabe von 31 Bornheimer Einwohnern an das Stadtgericht vom 7. April erklärt dies Unternehmen damit, daß Kutt „eine Grabstätte in einer Weise schmücken wollte, welche von der üblichen mittelst toter, oft nichtssagender Steine und Götzenbilder abweichend, dem Geiste des Beschauers auch Geistiges bieten sollte“. Den Irrenärzten sagte Kutt später, er habe seine ganze Angelegenheit begraben wollen. Als die drei Säрге von den Freunden und fackeltragenden Dienstmännern kurze Zeit an dem Kandelaber auf dem Roßmarkt niedergestellt waren, weil Kutt sich entfernt hatte, um etwas Vergessenes zu holen, wurde der ganze Zug von Polizeioffizianten in Gewahrsam genommen, Kutt aber verhaftet und in das Irrenhaus verbracht. Am 4. April versuchte er, mit einer Deputation seiner Anhänger, die Drohungen gegen den Leiter der Irrenanstalt ausstießen, zu entweichen. Er wurde aber in die Anstalt zurückgeholt. Am 6. April verzeichnet das ärztliche Journal das Erscheinen einer weiblichen Deputation. Am 29. Mai wurde er auf Anordnung des Stadtgerichts entlassen. Am 6. Juni aber neuerdings eingeliefert und diesmal in der Zelle mit der Irrenjacke bekleidet.

Das Drama in der Irrenanstalt nahm nun seinen beinahe voraussehenden Verlauf. Die Freiheitsentziehung bringt Kutt zu Wutausbrüchen, die von den Ärzten mit Zwangsjacke und kalten Bädern beantwortet werden, und seine äußere wie innere Erregung natürlich periodisch steigern.

Auf die Länge der Zeit werden auch die Eingaben seltener, die immer noch vorhandene Anhänger von ihm mit Anträgen auf Freilassung ihres ehemaligen Führers machten. 1869 erkärt sein gerichtlicher Vormund Dr. v. Harnier zu den Akten: „Kutt befindet sich fortdauernd in der Irrenanstalt, und zwar in einem Zustande, welcher seine Entlassung kaum mehr als möglich erscheinen läßt.“ Allmählich richtete sich Kutt in seiner Zelle so ein, daß er jahrelang nicht mehr an die Luft kam. Am 24. November 1881, also nach beinahe 20jährigem Anstaltsaufenthalt, starb er ohne äußere Krankheitsanzeichen. Er war 60 Jahre alt geworden.

So endete ein Rebell gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung, der freich der Selbstzucht und der geistigen Schulung stark entbehrte und der in den einhalb Jahrzehnten von 1848 bis 1852 sowohl durch sein persönliches Auftreten, das leider durch starke und krankhafte Erregungszustände beeinflusst wurde, wie durch zahlreiche Schriften versuchte, Verständnis für eine gewisse Art agrarischen Kommunismus mit religiöser Einkleidung zu finden.

Freiheit ist nicht Genuß, sondern Arbeit, unausgesetzte Arbeit an den großen Kulturaufgaben des modernen Staates.

Anastasio Grün.

Zum Muttertag!

Eine alte nordische Sitte kam zu uns und errang sich in den letzten Jahren auch in Deutschland einige Anerkennung. Das ist der Ehrentag der Mutter am 2. Mai, Sonntag. Der Gedanke einer besonderen Mutterehre ist schon alt, und man kann fast sagen, die Achtung, die man der Frau, der Mutter, in einem Volke zollt, ist ein Gradmesser seiner Kultur. Aber es ist durchaus kein Anzeichen von Gesundung des Seelischen und Gemütvollen im deutschen Volke, wenn unsere „nationalen“ und „alldutschen“ Kreise die hohe Achtung der Mutterschaft für sich besonders und allein in Anspruch nehmen und den Muttertag als rein deutsche Angelegenheit feiern; dieselben Kreise, die kein Bedenken tragen, durch eine auf das Massenelend abgestimmte Lohnpolitik die Mütter des Volkes in die stinkenden und dröhnenden Fabrikssäle und in die Hitze und Kälte der landwirtschaftlichen Fronarbeit hinauszujagen. Und es ist gewiß ein Gradmesser für die Unternehmung unseres Berufes, wenn sie gegen dessen Unterstellung unter das Arbeitsschutzgesetz auch deswegen sich erklären, weil sie einen Schutz der Arbeitskraft der Mütter nicht wünschen.

Gewiß, mit einer gemütsrohen Selbstverständlichkeit sehen viele Kinder, auch die erwachsenen, dem nimmermüden Tun der Mütter oft müßig zu. Da tut es not, daß einmal das träge Denken aufgerüttelt und zur Tat aufgerufen wird, wenigstens einen Tag im Jahre der Mutter zu widmen, ihr einmal jegliche Arbeit abzunehmen und ihr damit ihre Liebe zu danken.

Gesang der Mütter.

Es sprach ein Geist zu mir,
Ich glaub', es war im Traume.
Also hob ich den Blick
Und vernahm aus lichtigem Wolkenraume
Den Gesang der Mütter:

„Wir haben Söhne und Töchter geboren,
Ein Teil unseres Herzens gaben wir ihnen mit.
Viele von ihnen haben wir wieder verloren.
Im Krieg, auf der Straße und in der Fabrik.

Ein Teil unserer Herzen,
Zerrissen in Schmerzen,
Das nur die Liebe zum Wurm geheilt.
Haben frevelnde Menschen unter sich verteilt:

„Mit weinerlichen Segen auf ‚ehrendem‘ Feld
Unsere Söhne für die Bestie Geld.

Die Töchter wurden in die Fabriken verbannt
Und schufteten um kläglichen Lohn am fließenden Band.

Andere wurden auf die Straße getrieben,
Um für das tägliche Brot um's Geld zu lieben.“

Unsere Herzen bluten und wein',
Unseren Kehlen entringt sich ein einziges Schrein:
Ihr Männer der Arbeit, gefesselte Knechte,
Macht unsere und eure Kinder frei!

Aus Gräbern der Liebe waren die Toten geboren
— sie haben das Leben an kotigem Wegrand verloren.

Nun holt die Lebenden dem Leben zurück
Und schenkt uns der Mütter höchstes Glück!
Befreite Kinder an eigenem Herde,
Vereint zu einer Familie die Völker der Erde.“

Fritz Brenneisen.

Streik in den Königsberger Landschaftsgärtnereien.

Kaum hat der Winter in Ostpreußen sein Ende genommen und die Arbeit in der Landschaftsgärtnerei wieder begonnen, als auch schon die in den Landschaftsgärtnereien Beschäftigten gezwungen sind, in den Streik zu treten.

Bereits im vorigen Jahre versuchten die Arbeitgeber, die bestehenden Löhne auf jede Weise zu drücken. Gelernte wurden nur als Ungelernte entlohnt, so daß wir uns gezwungen sahen, die Unternehmer durch das Arbeitsgericht eines anderen belehren zu lassen. In diesem Frühjahr sollte nun ein neuer Weg gesucht werden, um den Lohn niedrig zu halten. Zum 31. März kündigten die Arbeitgeber, allerdings auch wir, den Manteltarif, mit dem zugleich der Lohn tarif sein Ende nahm. Über einen von uns eingehenden Vertragsentwurf und über unsere Lohnforderung konnte es zu keiner Verständigung kommen. Bei der ersten mit den Arbeitgebern stattgefundenen Zusammenkunft ließen diese schon bei der Besprechung des Manteltarifs durchblicken, daß sie gar nicht gewillt seien, mit uns eine neue Vereinbarung zu treffen. Während sie bis dahin ohne festeren Zusammenhalt waren, hatten sie jetzt eine „Vereinigung der Landschaftsgärtner“ gegründet. Wir konnten allerdings dieses Gebilde, das überhaupt keine Satzungen

hatte, nicht als tariffähig ansprechen, und so kam es bald zum Abbruch der eingeleiteten Verhandlungen.

Eine neue an die einzelnen Arbeitgeber gerichtete Forderung zwang diese nun, sich irgendeiner Arbeitgeberorganisation anzuschließen und fanden sie nunmehr den Anschluß an den „Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe“. Ein Anschluß an den „Reichsverband d. d. G.“ wurde trotz dessen Werben und Bemühungen abgelehnt. Ganz offen gaben die Unternehmer der Landschaftsgärtnerei zu erkennen, daß sie mit der Haltung des Reichsverbandes nicht einverstanden sind, und daß sie vor allen Dingen dessen „Bauernpolitik“ nicht mitmachen.

In der Zwischenzeit wurde von uns nochmals versucht, mit den Arbeitgebern zu einer Einigung zu kommen. Doch der Unwille der Kollegen über die Haltung und die Verschleppungsversuche der Arbeitgeber wurde größer und größer, so daß eine von uns einberufene Branchenversammlung aller in den Landschaftsgärtnereien beschäftigten Kolleginnen und Kollegen beschloß, den Arbeitgebern nochmals eine Frist von drei Tagen zu stellen, falls die Arbeitgeber aber kein Entgegenkommen zeigen sollten, dann die Arbeit niederzulegen.

Die Arbeitgeber glaubten aber nicht an den Ernst der Lage und ließen sich wiederum nicht auf Verhandlungen ein. Und auf Grund dieser Einstellung kam es dann zur Arbeitsniederlegung. Geschlossen verließen die Kollegen die Betriebe. Schon am ersten Streiktag kam es zu einer Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband, dem die Unternehmer jetzt angeschlossen sind, führten jedoch zu keinem anderen Ergebnis als dem, daß in zwei Betrieben, die von uns nicht bestreikt werden konnten, weil die dort Beschäftigten z. T. als Tiefbauarbeiter tätig waren, diese jetzt ausgesetzt wurden.

Wir sind mit diesem Verlauf voll und ganz zufrieden. Da infolge der bis jetzt ungünstigen Witterung fast die gesamten Pflanzarbeiten noch auszuführen sind, dürften die Arbeitgeber bald zur Vernunft kommen. Die streikenden Kollegen sind gewillt, die augenblickliche Situation auszunutzen und Verhältnisse zu schaffen, wie sie anderwärts bereits bestehen. Ganz besonders gilt der Kampf dem Bestreben der Unternehmer, unsere Löhne in der Landschaftsgärtnerei auf die Tiefbauarbeiterlöhne herabzudrücken bzw. zu halten.

Mann.

Tariffabschluß in Quedlinburg.

Endlich nach vier Monate langen Verhandlungen ist der Tarifvertrag für die Quedlinburger Samenbaubetriebe zu einem Abschluß gelangt, doch zu einem, der uns nicht befriedigen kann. Unter Berufung auf den Schiedsspruch und die Vereinbarung der Parteien, durch die für die gesamte Landwirtschaft von Mitteldeutschland die Spitzenlöhne festgesetzt worden waren, lehnten die Arbeitgeber des Quedlinburger Samenbaues jedes weitere Zugeständnis mit der Begründung ab, daß „aus Prinzip“ eine weitere Erhöhung nicht in Frage kommen könnte. Der Gang der Verhandlung bewies klar, daß die Samenmagnaten von Quedlinburg eine noch viel abstraktere Verneinungspolitik in der Lohnfrage treiben, als die Vertreter der Arbeitgeber aus den ländlichen Bezirken. Erst als die Verhandlungen bei der Regelung über die Spitzenlöhne der Gärtner zu scheitern drohten, lenkten die Arbeitgeber ein, so daß wenigstens das frühere Verhältnis der Gärtnerlöhne zu den übrigen Lohnstufen wiederhergestellt werden konnte.

Aus der ganzen Einstellung der Arbeitgeber ergibt sich für uns zwingend die Folgerung, daß für den Stadtkreis Quedlinburg künftig nur Verhandlungen in Frage kommen können, die nicht an das Verhandlungsergebnis der Mitteldeutschen Landwirtschaft gebunden sind. Wird diesem Verlangen von dem Arbeitgeberverband nicht entsprochen, dann muß ein anderer Weg beschritten werden, der die Schaffung eines besonderen Tarifvertrages für die Quedlinburger Samenbaubetriebe zum Ziele hat.

Wir sehen ganz klar, daß die Arbeitgeber in Quedlinburg als Machtanbeter nur unter dem Druck einer Macht weichen werden. Wäre nämlich nur das geringste Körnchen sozialen Verständnisses vorhanden, so hätten die Arbeitgeber angesichts der Notlage, die unter der Arbeitnehmerschaft in den Samenbaubetrieben herrscht, bei den Verhandlungen nicht einen so krassen Standpunkt einnehmen können, wie es leider geschehen ist. Erfreulich aber ist, daß die Arbeiterschaft ebenso klar ihre elende Klassenlage erkannt hat und hieraus ihre Schlußfolgerungen zieht, daß nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine Besserung ihrer Lage zu erwarten ist. Der Kampf ist durch den Tariffabschluß keineswegs beendet, sondern er muß und wird mit aller Schärfe weiter geführt werden.

Wir haben das Vertrauen zu der Arbeiterschaft, daß sie ihr Geübtes in der Resolution vom 5. April: „restlose Organisation der Arbeiterschaft in den Samenbaubetrieben“ durchführen wird. Darum gilt für Quedlinburg die Parole: **Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen, hinein in die Organisation und hinweg mit diesen Hungerlöhnen!**

Klatt.

Arbeitskämpfe und Tarife

Abgeschlossene Bewegungen.

In Baden ist der gesamte Tarifvertrag doch noch durch eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Unternehmer hatten bekanntlich den durch den Schlichtungsausschuß gefällten Lohnschiedsspruch abgelehnt. Bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung kam aber dann die Einigung zustande, nach der am 26. April der Mantel- und Lohn tarif in Kraft getreten ist. Die badischen Scharfmacher haben ihr Ziel also nicht erreicht.

Eine recht empfindliche Schlappe erlitten auch die Berliner Scharfmacher. Diese hatten es durchgesetzt, daß der Lohn tarif vom 14. Januar d. J. für die Berliner Handlungsgärtner zum 1. April gekündigt wurde, um einen Lohnabbau von 10 Pf. pro Stunde durchsetzen zu wollen. Unsere Kollegen hatten dagegen eine Lohnerhöhung gefordert. Der Schlichtungsausschuß sprach sich für eine 5prozentige Erhöhung aus, die unternehmerseits abgelehnt wurde. In den weiteren Verhandlungen kam dann eine Einigung zustande, durch die die Hauptgruppen eine Lohnerhöhung 3—5 Pf. erhalten. Beide Parteien verpflichteten sich, für die Durchführung des gesamten Vertrages zu wirken. Diese Verpflichtung ist von Bedeutung, weil damit auch der Vorstoß der Unternehmer gegen den Vertrag, über den wir in Nr. 5 berichteten, zurückgenommen ist.

Auch in Bayern ist für die Erwerbsgärtnerei wie auch für die Staatsbetriebe eine Einigung über den gesamten Tarifvertrag erzielt. Die Arbeitszeit in der Landschaftsgärtnerei beträgt 8 Stunden. Vom 15. März bis 30. Juni können 30 Überstunden verlangt werden, die mit 10 Proz. Aufschlag zu bezahlen sind. Alle sonstigen Überstunden erhalten 25 Proz. Zuschlag. — In den Staatsbetrieben ist die Wochenarbeitszeit im April bis Juli 54 Stunden. Eine 55. und 56. Stunde, die mit 10 Proz. Zuschlag bezahlt wird, muß auf Anforderung geleistet werden. Im März, August, September und Oktober beträgt die Arbeitszeit 52 und von November bis Februar 46 Stunden wöchentlich. — In der Erwerbsgärtnerei beträgt die Arbeitszeit in 4 Monaten acht und in 8 Monaten neun Stunden. Vom 1. März bis 31. Oktober können 30 zuschlagsfreie Überstunden verlangt werden, alle anderen Überstunden erhalten 25 Proz. Aufschlag.

Der Lohn wird in allen Branchen um 5 Pf. erhöht. Der Spitzenlohn für Landschaft beträgt 100, für Erwerbsgärtnerei 84, für Staatsbetriebe 90 Pf. Die Lohnerhöhung gilt ab 1. April.

Auch die sächsische Tarifbewegung kann als abgeschlossen gelten. Der Urlaub konnte verbessert werden, die vielen Staffeln des Lohn tarifes wurden um 6 vermindert. Eine Festsetzung der Lohnhöhe für alle Bezirke war nicht möglich, jedoch sind Sicherungen getroffen, die Lohnverhandlungen in den Bezirken gewährleisten. Für Dresden wurde am 2. Mai ohne Ergebnis verhandelt. Nunmehr hat der Schlichtungsausschuß wieder das Wort.

Mit dem Vertragsabschluß in Bayern und Sachsen haben wir jetzt in unseren Verträgen auf der ganzen Linie für die Erwerbsgärtnerei als Höchst arbeitszeit den Neunstundentag durchgesetzt.

Der Lohn tarif für den Bezirk Köln-Düsseldorf ist zum Abschluß gekommen und gilt ab 20. April. Der Spitzenlohn für Gärtner über 20 Jahre nach einjähriger Branchentätigkeit beträgt 1,10 Rm. für Arbeiter 95 Pf. Die Kollegenschaft ist mit dieser Regelung nicht zu frieden: sie rüsten für einen Kampf nach dem Ablauf des Vertrages, der wohl notwendig ist, um endlich eine angemessene Erhöhung durchzusetzen, die den dortigen Verhältnissen Rechnung trägt.

Nach dem Abschluß der Bewegung der preussischen Staatsarbeiter konnte auch der Lohn tarif für die Friedhöfe der Berliner Stadtsynode (evangelische Friedhöfe) neu geregelt werden. Er gilt ab 7. April und hat die gleichen Löhne wie der Verwaltungsarbeitertarif.

In Frankfurt a. M. kam, gewissermaßen in zwölfter Stunde, eine Verständigung sowohl über den Mantel- als auch über den Lohn tarif zustande.

In Erfurt ist der Lohn tarif zum Abschluß gekommen, der eine Erhöhung um 6 Proz. bringt. Nähere Berichte über diese Tarifbewegungen in nächster Nummer.

In Quedlinburg ist die örtliche Lohnregelung erfolgt, die, wie nebenstehender Bericht erkennen läßt, die Unzufriedenheit der Kollegenschaft nicht zu beheben vermochte.

Pflicht ist Freude.

Ich schlief und träumte: das Leben wäre Freude!
Ich erwachte und sah: das Leben war Pflicht!
Da ging ich und handelte — und siehe:
Pflicht war Freude!

Vor der Entscheidung. Streik in Königsberg.

Nachdem alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, beschlossen die Kollegen am 19. April den Streik, über dessen Verlauf ein besonderer Aufsatz unterrichtet.

Streik in Rostock.

Hier war eine Einigung nicht möglich. Die Unternehmer hatten einen Schiedsspruch abgelehnt. Der Streik setzte am 28. April ein, und am 2. Mai hatten neun Firmen den Vertrag bereits unterschrieben. Da nur noch zwei Betriebe im Kampf stehen, so kann gesagt werden, daß dieser schon zu unseren Gunsten entschieden ist.

Im Bergischen Land wird der Streik in der Landschaftsgärtnerei ebenfalls nicht zu umgehen sein. Seit Monaten werden Verhandlungen geführt, vergeblich haben sich Schlichtungsausschuß und Schlichter um eine Einigung bemüht, die Unternehmer lehnen die bescheidenste Lohnerhöhung ab. In Frage kommen die Städte Barmen, Elberfeld, Remscheid und Solingen.

In Danzig sind die Tarifverhandlungen gescheitert, weil die Arbeitgeber einfach nicht erschienen waren. Der von uns angerufene Schlichtungsausschuß hat nun einen Spruch gefällt, mit dessen Ablehnung bei der Einstellung der dortigen Unternehmer zu rechnen ist.

In Bleicherode bei Nordhausen hat die Überlandzentrale Südharz in Verbindung mit dem Kraftwerk eine moderne große Gemüsetreiberei (Tomaten und Gurken) angelegt. In der tropischen Hitze der Glashäuser müssen die Kollegen zehn Stunden lang zu einem sehr niedrigen Lohn schuften. Die Werksleitung ist Mitglied des Reichsverbandes und deshalb der Ansicht, daß dieser moderne Betrieb ein landwirtschaftlicher ist. Hier ist eine Lohnbewegung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse eingeleitet.

Lehrlings- und Bildungswesen

Die Frühjahrsprüfungen.

Hervorragende, lobenswerte und entsprechende Erfolge.

Den von der Kreisbauernkammer Mittelfranken veranstalteten Gärtnergehilfen-Prüfungen wurden in diesem Frühjahr 37 Lehrlinge zugeführt, von denen 9 „hervorragenden“, 20 „lobenswerten“ und 8 einen nur „entsprechenden Erfolg“ hatten. — Wie wunderbar doch die bayerischen Bauern die Schönheiten der deutschen Sprache herauszuholen verstehen.

Bei den Prüfungen in Unterfranken erhielten von 47 Lehrlingen das Zeugnis „hervorragend“ 4, „lobenswert“ 24, „entsprechend“ 17; die Leistungen von zwei Lehrlingen wurden als „mangelhaft“ befunden, trotzdem wurde die Prüfung als von ihnen „bestanden“ erachtet. Bayerische Eigenart. —

Westfalen. Von 247 Prüflingen bestanden mit „sehr gut“ 6, gut 48, fast gut 91, genügend 94, während 8 nicht bestanden.

Rheinprovinz. In diesem Frühjahr wurden in der Rheinprovinz 317 Lehrlinge geprüft, von denen 16 die Prüfung nicht bestanden, während 116 die Zensur „genügend“ erhielten, 151 „gut“ und 34 „sehr gut“.

Freistaat Sachsen. Den diesjährigen Gehilfenprüfungen im Freistaat Sachsen unterzogen sich insgesamt 205 männliche und 3 weibliche Lehrlinge, davon waren 12 männliche und ein weiblicher spezielle Baumschullehrlinge. Das Ergebnis war ein recht befriedigendes, 38 Prüflinge erhielten die Zensur sehr gut, 133 gut, 36 genügend und nur einer bestand nicht.

Eine vorbildliche Regelung.

Das Städtische Berufsamt in Magdeburg hat mit der zuständigen Ortsgruppe des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus Richtlinien vereinbart, nach denen die Einstellung von Gärtnerlehrlingen nur noch im Einvernehmen mit dem Berufsamt, und zwar nur in anerkannte Lehrwirtschäften und auf Grund eines Tauglichkeitszeugnisses eines Arztes des Städt. Gesundheitsamtes erfolgt.

Obergärtnerprüfungen in Preußen.

Im Jahre 1927 unterzogen sich 195 Gehilfen der Obergärtnerprüfung, von denen nur 116 = 59,5 Proz. bestanden haben.

Maschinen-technischer Lehrgang in Pillnitz.

Die Höhere Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz wird vom 6. bis 9. Juni 1928 einen maschinen-technischen Lehrgang für Beamte und Betriebsleiter im Gartenbau abhalten. Nähere Auskunft erteilt die Lehranstalt.

Berichte

Arbeitsjubiläen.

In der Friedhofsgärtnerei Fr. Müller in Frankfurt a. M. feierte Kollege **Dähler** in diesen Tagen sein 50-jähriges Dienstjubiläum, während Kollege **Emmel** auf eine 25-jährige Tätigkeit bei derselben Firma zurückblicken kann. Beiden herzliche Glückwünsche!

Dem Mutigen gehört die Welt!

Gelegentlich der Lehrlingsprüfungen in Offenbach a. M. wurde u. a. festgestellt, daß der Lehrling H. aus Langen in Hessen sein Tagebuch mit ganz besonderer Sorgfalt geführt hat. Zum größten Erstaunen der Prüfungsmeister war auch an einem schönen

Und wenn Freiheit und Gerechtigkeit nichts als eine schöne Morgenröte wäre, so will ich lieber mit der Morgenröte sterben, als den glühenden ehernen Himmel der blinden Despotie über meinem Schädel brennen lassen. **Seume.**

Tage des Vorjahres zu lesen: Eintritt in den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter! Die Herren waren darüber nicht wenig erstaunt, und einer fragte: was er sich eigentlich dabei gedacht habe, und ob er keine Unannehmlichkeiten deshalb befürchte? Die mutige Antwort lautete: „Ich betrachte es als meine Pflicht, Verbandsmitglied zu sein, und der Tag meines Eintritts erschien mir so wichtig, daß ich ihm im Tagebuch festgelegt habe. Unannehmlichkeiten befürchte ich nicht, weil man mir in meiner Arbeit nichts nachsagen kann.“ Unser Freund erhielt, obgleich manche Bedenken obgewaltet haben mögen, von 13 Prüflingen die beste Note.

Wir beglückwünschen unseren jungen Mitkämpfer, möge sein Mut und seine Berufstüchtigkeit anderen Kollegen ein Vorbild sein. **Fuchs.**

Eine bekannte Firma!

In unserer Verbandszeitung ist die Fa. Görz in Niederwalluf schon vielfach genannt worden. Da nun aber trotz aller Warnungen die Dummen nicht alle werden, und die Firma nicht aufgehört, Kollegen in gröblichster Weise auszunutzen, so fühlen wir uns erneut verpflichtet, die Öffentlichkeit über einige Vorkommnisse in der letzten Zeit zu unterrichten.

Am 15. Dezember 1927, also kurz vor Weihnachten, sahen fünf Kollegen sich plötzlich entlassen und standen mittellos auf der Straße, weil Frau Görz verreisen wollte. Einem Kollegen wurden 30 Rm. einbehalten für eine Schuhmacher-Rechnung; jedoch nach einiger Zeit stellte es sich heraus, daß der abgezogene Betrag gar nicht bezahlt war. Ein anderer Kollege ist ein guter Veredler. Trotz seiner Bedenken mußte er bei stärkstem Regenwetter hinaus zum Okulieren. Als dann aber infolge dieses Umstandes ein Teil der Veredlungen ausblieb, zog die Firma für das spätere Nachokulieren dem Kollegen 27 Rm. vom Lohn ab.

Es vergeht fast keine Woche, daß die Arbeiterschaft, die übrigens noch immer den Tariflohn nicht erhält, nicht um ihr zustehende Rechte betrogen wird. Bedauerlich ist nur, daß uns viele Einzelheiten gar nicht oder zu spät bekannt werden.

Kollegen! Helft mit, solchen Schwindelfirmen das Handwerk zu legen. **Fuchs.**

Was Obergärtnern zugemutet wird.

Ein Kollege, der die höhere Gärtnerlehranstalt in Köstritz besuchte und von dort durch Inserat Stellung als Obergärtner suchte, erhielt nachstehendes vielsagendes Angebot von Kurt Mandel in Firma Hermann Braun Nachf. in Alzey (Rheinhausen):

„Ich nehme Bezug auf Ihre Offerte im ‚Allgemeinen Samen- und Pflanzen-Anzeiger‘ und wäre gewillt, Sie in meinem Gartenbaubetrieb als Obergärtner einzustellen. Mein Betrieb besteht in der Hauptsache aus nachstehenden Kulturen: Cyclamen, Primeln, Chrysanthemum, Asparagus, Hortensien usw., sonstige Topfpflanzen. Außerdem haben wir größere Anzucht in Dahlien ca. 3000 Stück. Beschäftigte in meinem Betriebe ca. 8 Angestellte und bitte Sie freundlichst, mir umgehend Ihre Zeugnisabschriften zukommen zu lassen. Eintritt müßte spätestens bis 1. März erfolgen. Gehalt pro Monat 50 Rm. bei freier Kost und Wohnung.“

Sollten Sie denken, daß Sie für meinen Betrieb Interesse haben, so bitte ich um umgehende Zusendung Ihrer Zeugnisse.“

Soll ein Monatsgehalt von 50 Rm. der Lohn sein für das Wohlverhalten der Obergärtner, die als „Geprüfte“ dem Reichsverbande Gefolgschaft leisten, der die Gärtnerei zur Landwirtschaft degradieren möchte?

Das „Gärtnerei-Fachblatt“

brachte in seinen beiden letzten Heften eine Auslese eigenartiger und seltener Pflanzen. Unter Beigabe besonders scharfer Bilder wurde in mehreren Aufsätzen die interessante Familie der Insektenvoren, der fleischfressenden Pflanzen behandelt, eine neue *Aristolochia* mit einer äußerst raffiniert eingerichtete Fliegenfallenblüte in Wort und Bild vorgeführt. An weiteren Aufsätzen sind erwähnenswert: Die Anzucht der *Echinopsis*, *Epiphyllum*, seine Kultur und Veredlung, *Cotyledonen*, *Echeveria retusa*, Anzucht der *Musa setosa*; *Pandanus veitchii*, Kultur der *Begonia Gl. de Lorraine*, das Oco-Verfahren zur Kohlensäuredüngung, Blausäuregas zur Bekämpfung der Schädlinge in Gewächshäusern, die Transpiration in ihrer Beziehung zur Praxis, Farbenzusammenstellungen mit Gehölzen. Trotz erheblich erhöhter Druckkosten erhalten Verbandsmitglieder ihr „Gärtnerei-Fachblatt“ noch immer zum Vorzugspreise von 2 Rm. pro Vierteljahr.

Bekanntmachungen

Essen. Am Himmelfahrtstage, den 17. Mai, veranstaltet die Verwaltung Essen eine Besichtigung des Geländes der werdenden Gartenbauausstellung des nächsten Jahres, genannt „Gruga“. Ihr Schöpfer, Herr Gartenoberinspektor Gabriel, führt durch die bereits weitgediehenen Anlagen. Treffpunkt um 9 Uhr vor der Ausstellungshalle. Anschließend Ausflug ins schöne Ruhrtal.

Der Vorstand: Glimpel.

Sterbetafel

Im Alter von fast 54 Jahren ist nach schwerer Krankheit der Kollege **Max Meyer**, Hamburg, verstorben. Die Verwaltung Hamburg verliert in ihm eines ihrer besten und treuesten Mitglieder, war doch Kollege Meyer fast 30 Jahre Mitglied, damit nicht nur eines der ältesten Mitglieder der Verwaltung Hamburg, sondern des gesamten Verbandes. Stets und überall hat Kollege Meyer in den vordersten Reihen für die Interessen der Kollegenschaft und deren Organisation gewirkt. Wir werden ihm kein besseres Angedenken bewahren können als mit der gleichen Treue und vorbildlichen Hingabe zu dem Verbands zu stehen.

Im Alter von 72 Jahren ist unser Kollege **Ernst Durst**, Ulm, am 25. April unerwartet rasch an einer Herzlähmung verstorben. Trotz seines hohen Alters hat er noch in den letzten Wochen eifrig mitgewirkt an der Sammlung von Unterschriften für die Urabstimmung. Wo etwas für die Organisation zu tun war, da war unser alter Durst auf dem Platze und hat es sich trotz vieler Enttäuschungen nie verdrießen lassen, immer wieder für den Verband zu werben. Während seiner 28 jährigen Mitgliedschaft hat er viel für unsere Sache getan und bis zum letzten Atemzug für sie gewirkt. Ein alter, treuer Kämpfer weniger! Einer von denen, die sich nicht unterkriegen lassen, deren Wirken aber auch nicht vergessen werden kann! **Ehre ihrem Andenken!**

Bücherschau

Ein Frankfurter Vorläufer des Kommunismus. (Johann Jakob Kutt.) Von Max Quarek. Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Preis 0 35 Rm. Ein Auszug aus diesem Schritchen, das einem Gärtner gewidmet ist, an anderer Stelle dieser Nummer.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeitgeberbewegung. Ein Blick in die Gemeinewirtschaft. Herausgegeben vom Bezirksausschuß des ADOB., Berlin-Brandenburg-Grenzmark. 120 Seiten stark, davon ein Drittel Abbildungen und graphische Darstellungen. Preis in Ganzleinen 5.— Rm.; für Gewerkschaftsmitglieder 3.— Rm. Verlagsgesellschaft des ADOB., Berlin S 14.

Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie. Ein Vortrag von Th. Leipart. Verlagsgesellschaft des ADOB., Berlin S 14. Preis 0 30 Rm.
Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Von Richard Seidel. M. einem Abschnitt von Bernhard Göring über die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten. Verlag des internationalen Gewerkschaftsbundes. Auslieferung in Deutschland: Verlagsgesellschaft des ADOB., Berlin S 14. 157 Seiten. Preis 1 50 Rm.
Arbeitsrechts-Praxis. Zeitschrift für Arbeitsrecht, Sozialversicherung und soziale Verwaltung. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durch die Verlagsgesellschaft des ADOB., Berlin S 14. Inselestr. 6. Schriftleiter Clemens Nörpel. Erscheint monatlich. Bezugspreis 9.— Rm. jährlich.
Warum arm sein? Von Fritz Tarnow. Gewerkschaften und Wirtschaft. Heft 3. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. Preis 1 60 Rm.; Organisationspreis 1.— Rm. (vgl. „A. D. G.-Ztg.“, Nr. 7. 1928).

Die Lebenshaltung der Angestellten. Untersuchungen auf Grund statistischer Erhebungen des Allg. freien Angestelltenbundes. Bearbeitet von Dr. Ott-Suhr. Freier Volksverlag, Berlin NW 40. Preis 1.— Rm.

Der Reichslandarbeiterbund und seine Unterverbände sind keine wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung. Von Walter Krausnick. Herausgegeben vom Deutschen Landarbeiterverband; Verlag Enckehaus, Berlin SW 40.

England und der Achtstundentag. Denkschrift der englischen Vereinigung der Arbeitgeverbände, in deutscher Sprache. Herausgegeben von der Verlagsgesellschaft des ADOB., Berlin S 14. Preis 1 25 Rm.

Arbeiterbildung und Volksbildung. Von Theodor Leipart und Lothar Erdmann. Erweiterter Sonderdruck aus dem „Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft“, erschienen bei Carl Marhold, Verlagbuchhandlung in Halle a. d. S. 64. Seiten. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselestr. 6a. Preis 1 10 Rm.

Das gärtnerische Ausbildungswesen in Preußen. Im Auftrage der Vereinigung ehemaliger Wildpark-Dahlömer verfaßt von Joh. Reinhold, Großbeeren. Verlag Paul Parey, Berlin SW 11. Preis 3.— Rm.

Anleitung zum Obstbau. 15. Auflage. Bearbeitet von Eduard Lucas, Vorstand der Bayer. Obstbauschule Schlachters bei Lindau, vorm. Direktor des Pomologischen Instituts in Reutlingen, und Hugo Winkelmann, Landwirtschaftsrat, Vorsteher der Abteilung für Obst-, Gemüse- und Gartenbau der Würt. Landwirtschaftskammer Stuttgart. Mit 171 Abbildungen. Preis gebunden 4 50 Rm. Verlag von Eugen Ulmer, Stuttgart, Olgastraße 83.

Pflanzen und Blumen im Heim. Von Johs. Schneider, mit Originalbildern des Verfassers. Druck und Verlag von Rud. Bechtold & Comp., Wiesbaden. Preis 2 80 Rm. (Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.)

Den unserer heutigen Ausgabe beiliegenden Prospekt der Verlagsbuchhandlung P. Parey, Berlin, empfehlen wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung.

Landhaus

am Walde gelegen, mit 5 1/2 Morgen Land, Stallung., für Gärtner sehr geeignet, wozu ha b. sof. zu verkaufen
Angebot unter P. O 248 an die
Grütsvalder Zeitung / Grütswald

Direkt ab Fabrik an Private
Verlangen Sie meine Preisliste gratis
Berufs-, Sport- u. Lederbekleidung
Mechanische Kleiderfabrik **Altona-Eibe**
Versandhaus Fritz Ulrich **Gustavstr. 58-60**

Gärtnerkörbe

Gemüsekörbe
Lieferer gut, standhaft und preiswert
Bruno Knorr, Karbfabrik
Königsplatz Kreis Neumarkt/Schlesien

SCHNECKEN

Das natürl. sofort wirkende Mittel geg. Schnecken all. Art. Wirkung erprobt, zuverl. Kein Gift, Gar unschädli. f. Menschen, Tiere u. Pfl. nzen. M. Resp. Entgegenstell. Schädlingsbekämpf., Darmstadt, Taunusstr. 15

Eisu-Betten

Stahlmattzen, Kinderbetten, vünstig an Private. Katalog 404 frei. **Eisenschmelzfabrik Suhl, Thür.**

Das Ende der weißen Plage

an von Edelparagonien! Läuse- und Hegenreife Edelparagonien! Einzige Anwendung **M. Resp.** Naturgemäße Schädlings-Bekämpfung **Darmstadt, Taunusstr. 15** Verbandsstellen und Vertreter überall gesucht

Wind-Motor

erstkl. Fabrikat, Baujahr 1924, mit 14 m hohem eisern. Turm, 5 m Flügelradurchmesser, Wellen, Spurlaufe, Abstellwinde, wenig gebraucht, woz. Anschl. an Elektr.-Verk. freigegeben. **Zu verkaufen.** Preis 998.— Rm. ab Standort ausschließlich Demontage.

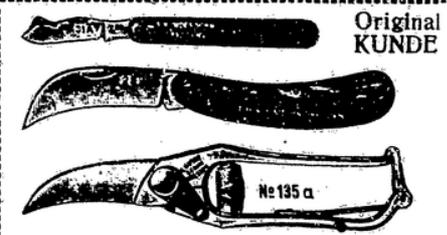
Elektrizitäts-Werk

Sonnenburg, N.-M.

Kaufen Sie kein Rad

ehe Sie meinen Prachtkatalog kostenfrei haben!
Von 38 M. an. Hochfeines Luxus-Fixe-Tourenrad, fünf Jahre Garantie, roter la Pneumatik, Freilaufm. Rücktrittbremse, hell. vernickelt. Ledersattel, Tasche, Werkzeug, gelbe Felgen, Glircke, Pumpe, elektrische Lampe, Große Auswahl in Touren-, prachtvollen Damenrädern, rassigen, bildschönen Straßenrennern.
Vertreter gesucht!
Telzhaltungsräder 10 M. Anzahlung
Laufmatten 2,35, 2,75, 3,95. Garantie. Schläuche M 1,30, Rahmen M. 18.—, Griffe M. 0,20
Schlauw / Berlin 598 / Weinmeisterstr. 4

Original KUNDE



S. KUNDE & SOHN
Gegründet 1787
DRESDEN 21 / Kipsdorfer Str. 106 p
Kataloge gratis und franko

Bevorzugen Sie bei Bedarf die Inserenten der „Allgem. Dt. Gärt.-Ztg.“



HARNSTOFF-KALI-PHOSPHOR 80

Der ausgezeichnete Gartenvolldünger

der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft enthält die drei Hauptnährstoffe

Stickstoff . . . 28%
Kali 14%
Phosphorsäure 14%

Besonders geeignet für alle Gartenfrüchte, Blumen und Rasenflächen. Schnelles Wachstum, frühes Reifen, hohe Ernten, besonders gute Qualität der Früchte. Man fordere nur Originalpackung! Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften

Nachweis von Bezugsquellen durch
STICKSTOFF-SYNDIKAT
BERLIN N.W. 7.